

1 **Antrag-Nummer:** 7

2 **Antragsteller:** Diego Pala

3 **Unterstützer:**

4 **Betreff:** Mehr Gleichheit in der Parteienfinanzierung

5 **Adressat** Unterbezirksparteitag, SPD Bundesparteitag, Jusos Landeskonferenz NRW

6 **Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:**

7

8 Wir fordern eine Anpassung des Parteiengesetzes, mit dem Ziel, die Bevorzugung der höheren
9 Bevölkerungsklassen in der Parteienfinanzierung zu beenden.

10

11 Wir fordern insbesondere:

12

13 - ein Verbot von allen Parteispenden, die von Unternehmen, Stiftungen und Vereinen stammen
14 (juristischen Personen)

15 - die Einschränkung von Spenden durch Privatpersonen auf 2500 Euro jährlich

16 - das Ende der steuerlichen Absetzbarkeit von jeglicher Form von Finanzierung von Parteien (sowohl
17 inklusiv Spenden und Mitgliedsbeiträgen)

18 - die Einführung (neben der staatlichen Zuschüsse) von einem festen jährlichen Betrag, der jedem
19 Bürger zugewiesen wird. Jeder Bürger wählt eine Partei, die den Betrag bekommt. Wenn man keine
20 Partei auswählt, wird der Betrag für die allgemeinen Ausgaben des Staates benutzt.

21 - als Konsequenz der oben genannten Punkte die Abschaffung der heutigen Beschränkung der
22 staatlichen Zuschüsse auf die Höhe der selbst erwirtschafteten Einnahmen der Parteien

23

24 Begründung:

25

26 In vielen europäischen Ländern sind Parteispenden durch Unternehmen verboten oder stark
27 beschränkt. In Deutschland sind Spenden durch juristische Personen grundsätzlich erlaubt ¹.

28

29 Das hat reale Folgen. Deutschland erreicht den letzten Platz in Europa für Rauch- und Werbeverbote²
30 während die Tabakindustrie noch heute Geld an die große Parteien spendet³. Es stellt sich die Frage,
31 inwiefern das Geld der Tabakindustrie (wie auch andere) gemeinnützig ist, oder mit versteckten
32 Interessen behaftet.

33

34 Auch internationale Organisationen wie der "Group of States against corruption" kritisieren die
35 deutsche Parteienfinanzierung, insbesondere wegen mangelnder Transparenz⁴. Wir fordern darum,
36 dass Spenden durch juristische Personen unterbunden werden müssen, wie es schon heute in anderen
37 europäischen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, der Fall ist⁵.

38

¹<https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden/listen-veroeffentlicht-diese-unternehmen-und-lobbyverbaende-zahlen-geld-an-die-parteien>

² <https://www.n-tv.de/panorama/Deutschland-versagt-bei-Tabakpraevention-article21594216.html>

³<https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden/ruestungslobby-immobilienkonzerne-tabakindustrie-von-wem-die-parteien-geld-bekamen>

⁴<https://www.coe.int/en/web/portal/-/anti-corruption-group-says-that-germany-still-lags-in-efforts-to-make-party-financing-more-transparent>

⁵<https://fr.boell.org/de/2022/05/10/parteienfinanzierung-der-preis-der-demokratie-frankreich-deutschland>

4. August 2024

39 Der erste Artikel der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 nach den
40 französischen Revolution⁶ lautet:

41
42 "Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen
43 nur im gemeinen Nutzen begründet sein."
44

45 Während Einkommens- und Vermögensungleichheit grundsätzlich erlaubt sind, sind sie nur
46 akzeptabel, wenn sie dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Eine ähnliche Vision ist auch im Artikel 14
47 des Grundgesetzes unter dem bekannten Abschnitt "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich
48 dem Wohle der Allgemeinheit dienen." verankert.
49

50 Wir wagen zu bezweifeln, dass diese Legitimation der Ungleichheit auch für die Finanzierung der Politik
51 gilt. 1 Dollar 1 Stimme kann kein demokratisches Prinzip sein. Aber auch ein ungleiches Spielfeld
52 zwischen den Parteien verzerrt die Demokratie. Das extreme Beispiel der US bezeugt wozu eine
53 ungebremste private Parteienfinanzierung führen kann⁷.
54

55 Heutzutage werden Spenden an Parteien durch den Staat direkt subventioniert, zum Beispiel durch
56 die Absetzbarkeit von 50% der Mitgliederbeiträge und Spenden bis 3300 Euro (danach als
57 Sonderausgaben verrechnet⁸). Damit bezuschusst der Staat indirekt die politischen Präferenzen der
58 oberen Bevölkerungsklassen, die sich höhere Spenden leisten können.
59

60 Die Partizipation am politischen Leben ist heutzutage sehr ungleich verteilt, weil wohlhabende
61 Menschen mehr Engagement zeigen und dafür sind ihre Interesse besser vertreten⁹. Steuerliche
62 Maßnahmen, die diese Ungleichheit befördern, können kein Teil von einer sozialdemokratischen
63 Politik sein.
64

65 Es ist auch durchaus denkbar, egalitäre Formen von Parteienfinanzierung zu erfinden. Darum wollen
66 wir die Finanzierung der Parteien demokratischer gestalten. Mit der Abschaffung der Absetzbarkeit
67 wird der Staat zumindest die politischen Präferenzen der oberen Bevölkerungsklassen nicht mehr
68 bezuschussen. Mit einer Obergrenze für die einzelnen Spenden, wollen wir den Einfluss der großen
69 Spenden beschränken.
70

71 Laut des aktuellen System, darf die Höhe der staatlichen Zuschüsse die selbst erwirtschafteten
72 Einnahmen der Parteien nicht überschreiten¹⁰. Wegen der vorgeschlagenen Reform wäre diese
73 Regelung überfällig. Deswegen fordern wir deren Abschaffung.
74

75 2020 haben alle damalige im Bundestag vertretene Parteien 519 Millionen Euro Einnahmen
76 verbucht¹¹. Davon entfielen 37% auf staatliche Zuschüsse. Von den übrigen 63% wird auch ein Teil
77 durch die Absetzbarkeit der Spenden an Parteien subventioniert.
78

79 Das bedeutet, dass schon heute der Staat direkt oder indirekt den Löwenanteil der
80 Parteienfinanzierung übernimmt. Die zusätzlichen Ausgaben wären in der Größenordnung von

⁶<https://www.conseil-constitutionnel.fr/de/erklaerung-der-menschen-und-buergerrechte-vom-26-august-1789>

⁷ <https://www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/311280/die-rolle-von-geld-im-us-wahlkampf/>

⁸ <https://www.finanztip.de/spenden-als-sonderausgaben/>

⁹<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/33571/ungleiche-verteilung-politischer-und-zivilgesellschaftlicher-partizipation/>

¹⁰<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/parteienrecht/parteienfinanzierung/parteienfinanzierung-node.html>

¹¹<https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42237/einnahmen-und-ausgaben-der-parteien/>

4. August 2024

81 weniger Euro pro Person, weniger als die kleinste 5 Euro Banknote. Wir vertreten die Auffassung, dass
82 unsere Demokratie mehr als 5 Euro pro Person wert ist. Definitiv weniger als berühmte Effekte der
83 Klientelpolitik ^{12 13} .

84
85 Es wäre möglich, einfach die staatliche Finanzierung zu erhöhen um die vorgeschlagene Senkung der
86 (Groß-)spenden zu kompensieren. Allerdings liegt die Grenze dieses Systems darin, dass man nur bei
87 den Wahlen seine Stimme erheben kann (und nicht öfter) und dass die kleinen Parteien benachteiligt
88 werden, weil mit der 5% Hürde taktisch unklug ist, kleine Parteien zu wählen.

89
90 Mit der Möglichkeit, jederzeit zu beschließen (die genaue Vorgehensweise muss definiert werden,
91 Kopplung an der Steuererklärung oder Registrierung beim Einwohnermeldeamt oder bei einer Wahl
92 wären denkbar), wer finanziert werden sollte, setzen wir ein Zeichen, dass wir den Wählern mehr
93 Mitgestaltungsmöglichkeiten geben wollen, dass wir mehr Partizipation am demokratischen Leben
94 fordern wollen und Vertrauen in die Wahl der einzelnen haben. Deswegen möchten wir neben der
95 heutigen Systeme von staatlichen Zuschüssen eine direkte Finanzierung ermöglichen.

96

97

98 **Antrag** **angenommen**

99
100 **abgelehnt**

101

102 **überwiesen an**

103

104

¹²<https://www.stern.de/wirtschaft/geld/mehrwertsteuersenkung-fuer-hoteliere-warum-der-staat-eine-milliarde-verschenkt-3333818.html>

¹³<https://taz.de/Spendenskandal-bei-der-FDP/!5149251/>